

Überregionaler Pressespiegel 11.02.2012

Der Tagesspiegel | 11.02.2012 | Cordula Eubel & Christian Tretbar

Zwei Linke verlieren ihre Immunität

Weil sie vor einem Jahr an einer Sitzblockade gegen einen Naziaufmarsch in Dresden teilgenommen haben, hat der Deutsche Bundestag zwei Linken-Bundestagsabgeordneten die Immunität aberkannt. Nach bisherigem Stand stehen Dresden in diesem Jahr zwar keine heftige Auseinandersetzungen bevor, weil die Neonazis ihre Aufmärsche zum Jahrestag der Bombardierung der sächsischen Landeshauptstadt nicht planen. Dafür sorgt nun die Demonstration und vor allem die Gegendemo aus dem letzten Jahr für neue Aufregung. Denn auf Antrag der Staatsanwaltschaft Dresden hat der dafür zuständige Ausschuss des Deutschen Bundestages die Immunität von zwei Linken-Bundestagsabgeordneten aufgehoben. Bundesgeschäftsführerin Caren Lay und dem Sprecher der sächsischen Landesgruppe der Linken, Michael Leutert, wird vorgeworfen, durch ihren Protest gegen den Neonazi-Aufmarsch am 19. Februar 2011 in Dresden gegen das Versammlungsrecht verstoßen zu haben. Das aber sehen die Linken anders. Caren Lay bezeichnete die Aufhebung ihrer Immunität als empörend. „Ich halte es für meine demokratische Pflicht, mich mit friedlichen Mitteln gegen Nazi-Aufmärsche zur Wehr zu setzen“, sagte sie dem Tagesspiegel. Besonders enttäuschend sei, dass auch die SPD im Immunitätsausschuss für die Aufhebung ihrer Immunität gestimmt habe. „Das wundert mich. Denn Wolfgang Thierse ruft ebenso wie der Zentralrat der Juden dazu auf, in der nächsten Woche den Nazi-Aufmarsch in Dresden zu verhindern“, sagte sie. Thierse, der selbst in Berlin an einer Sitzblockade gegen eine Demonstration von Rechten teilgenommen hatte, wollte sich zur Immunitätsaufhebung von Lay und Leutert nicht äußern. Dabei soll er laut Teilnehmern selbst damals vor Ort gewesen sein.

Leutert und Lay warfen der Staatsanwaltschaft vor, aufgrund von NPD-Anzeigen tätig geworden zu sein. Tatsächlich bestätigt die Staatsanwaltschaft Dresden, dass ein Schreiben eines Anwalts im Auftrag der NPD eingegangen sei. „Wir haben aber Ermittlungen von Amts wegen aufgenommen“, erklärte Oberstaatsanwalt Lorenz Haase. Er bestätigte allerdings auch, dass damals während der Blockade keine Personalien der betreffenden Personen aufgenommen worden seien. Auch sei keiner weggetragen worden. Zu den Ermittlungen sei es erst gekommen, als Fotos in der Presse veröffentlicht wurden, auf denen die Abgeordneten identifiziert worden waren. Lay und Leutert waren nicht die einzigen Mandatsträger bei der Blockade. Auch gegen drei SPD- und einen Linken-Landtagsabgeordneten wurde ermittelt, sie zahlten aber eine Geldbuße von je 500 Euro. Das lehnten Lay und Leutert ab.

Der Vorsitzende des Immunitätsausschusses, Thomas Strobl (CDU), wies den Vorwurf zurück, der Ausschuss habe willkürlich gehandelt. „Für den Ausschuss stelle sich nicht die Frage, ob sich die beiden Abgeordneten tatsächlich schuldig gemacht haben oder nicht. Darüber wird allein in einem gerichtlichen Verfahren entschieden.“

<http://www.tagesspiegel.de/politik/anti-nazidemo-zwei-linke-verlieren-ihre-immunitaet/6196904.html>

ähnliche Artikel:

stern.de

<http://www.stern.de/politik/deutschland/protest-gegen-neonazi-kundgebung-ausschuss-hebt-immunitaet-von-linke-abgeordneten-auf-1784826.html>

FOCUS online

http://www.focus.de/politik/deutschland/streit-um-immunitaet-cdu-politiker-fuehlt-sich-von-gysi-angegriffen_aid_712976.html

MDR Sachsen | 11.02.2012

Großeinsatz für Polizei - zahlreiche Einschränkungen im Stadtgebiet

Wegen der Gedenkveranstaltungen, eines Aufmarsches von Rechtsextremen und einer dagegen angekündigten Blockade führt die Polizei am 13. Februar einen Großeinsatz im Dresdner Stadtgebiet durch. Wie die Polizei mitteilte, wird nach bisherigen Planungen vor allem die Wilsdruffer Vorstadt, insbesondere auf dem 26er-Ring zwischen Wiener Straße und Schweriner Straße, von dem Einsatz der Sicherheitskräfte betroffen sein. In diesem sogenannten "Kerneinsatzbereich" werde es die meisten Absperrungen, Kontrollen und Einschränkungen geben. Zudem komme während der Menschenkette zwischen 18:00 Uhr und 18:15 Uhr der Verkehr in dem betroffenen Bereich der Innenstadt kurzzeitig zum Erliegen. Zu weiteren Schwerpunkten des Einsatzes sind laut der Dresdner Polizei noch keine Prognosen möglich. Insbesondere, weil der Verlauf von spontanen Protesten zeitlich oder örtlich nicht vorhersehbar sei.

Durchlassstellen für Anwohner und Gewerbetreibende

Wie Dresdens Polizeichef Dieter Kroll am Freitag mitteilte, wird es am 13. Februar im "Kerneinsatzbereich" auch für Anwohner und Gewerbetreibende zwangsläufig zu Einschränkungen kommen. Um den Betroffenen den Zugang zu ihren Wohnungen oder Arbeitsplätzen zu ermöglichen, würden "Durchlassstellen" eingerichtet. Die genauen Orte will die Polizei jedoch erst am Montag veröffentlichen.

Großeinsatz mit Tausenden Beamten

Die Polizei geht davon aus, dass am 13. Februar bis zu 2.000 Rechtsextremisten und mehrere Tausend Teilnehmer von Gegenaktionen nach Dresden kommen. Das Bündnis "Dresden Nazifrei", das erneut zu Blockaden des Neonazi-Aufmarsches aufruft, erwartet nach eigenen Angaben weit mehr als 10.000 Demonstranten aus dem gesamten Bundesgebiet in Dresden. Im Unterschied zu vergangenen Jahren werden die Lager nicht weiträumig durch die Elbe getrennt. Rund 4.200 Beamte aus Sachsen und anderen Bundesländern werden im Einsatz sein. Zudem sichert die Bundespolizei mit weiteren 16 Hundertschaften Bahnstrecken und Bahnhöfe.

Dresdner Polizei setzt auf Deeskalation

Dresdens Polizeichef Kroll sagte, die Polizei werde bei dem Einsatz vor allen auf das Prinzip Deeskalation setzen. "Niemand will die Bilder von den Ausschreitungen 2011 in diesem Jahr wieder sehen", erklärte Kroll. Die Polizei stelle deshalb eine direkte Kommunikation mit Anwohnern und Demonstranten in den Vordergrund. So würden etwa spezielle "Kommunikationsteams" eingesetzt, diese sollen durch "ständige

Gesprächsbereitschaft" deeskalierend wirken. Diese Beamten würden im Gegensatz zu den Einsatzhundertschaften keine Schutzausrüstung tragen, erkennbar wären sie an neongelben oder roten Westen. Gleichzeitig erklärte Kroll, bei Gewalttaten werde die Polizei alle gesetzlich zulässigen Mittel und Befugnisse auch anwenden.

<http://www.mdr.de/sachsen/einschraenkungen-dresden100.html>

ähnliche Artikel:

Rheinische Post

<http://nachrichten.rp-online.de/politik/neonazi-aufmarsch-in-dresden-polizei-fuer-grosseinsatz-geruestet-1.2708632>

MDR Sachsen | 11.02.2012

Gedenken auf dem Heidefriedhof, Menschenkette und Kerzenmeer

Am 13. Februar, dem 67. Jahrestag der Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg, sollen im Gedenken an die Opfer neue Akzente gesetzt werden. So steht auf dem Heidefriedhof in diesem Jahr erstmals die 2010 errichtete Skulptur "Trauerndes Mädchen am Tränenmeer" im Mittelpunkt. Wie die Stadtverwaltung mitteilte, beginnt an der Skulptur um 15 Uhr ein stiller Gedenkgang, der über das Rondell mit den Gedenkstelen für sieben Konzentrationslager und sieben zerstörte Städte bis zur Sandsteinmauer für die Opfer der Angriffe auf Dresden führt. Eine offizielle Kranzniederlegung gibt es nicht, vielmehr werden an dem Mahnmal in diesem Jahr individuell weiße Rosen abgelegt. Bürgermeister Dirk Hilbert begründete, man wolle so einen "Überbietungswettbewerb um die bessere Trauer verhindern".

Schützendes Band um das Stadtzentrum

Um 17 Uhr soll sich dann als Protest gegen einen Aufmarsch von Neonazis eine Menschenkette formieren und sich symbolisch als schützendes Band um das Stadtzentrum legen. Sie verläuft vom Rathaus parallel zur St. Petersburger Straße bis zum Rathenauplatz, vorbei an der Synagoge und auf der Carolabrücke über die Elbe. Von dort aus vor dem Finanzministerium am Elbufer entlang bis zur Augustusbrücke, weiter zur Hofkirche, am Zwinger entlang über Postplatz und Wallstraße zurück zum Dr.-Külz-Ring. Begleitet vom Läuten der Kirchenglocken soll sich die Menschenkette um 18 Uhr schließen und in Stille verharren. Die Veranstalter der Menschenkette rechnen mit bis zu 10.000 Teilnehmern. Auch Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich rief die Bürger im Land dazu auf, sich zu beteiligen und so ein Zeichen gegen Rechts zu setzen. "Dresden und Sachsen sind kein Aufmarschplatz für Ideologen und rechtes Gedankengut", sagte der CDU-Politiker.

Meer aus 10.000 Kerzen am Neumarkt

Am Montagnachmittag soll auf dem Neumarkt zudem ein Meer aus 10.000 Kerzen entstehen, das sich insgesamt zum Bild einer großen Kerze fügt. Dazu sind alle Bürger aufgerufen. Gegen 18.20 Uhr wird Bürgermeister Hilbert eine Kerze entzünden und Gedenkworte sprechen. Da Oberbürgermeisterin Helma Orosz erst Anfang März ins Amt zurückkehrt, nimmt sie privat an dem Gedenken teil.

Bereits im Vorfeld des Gedenktages ist am Sonnabend der mit 25.000 Euro dotierte Dresdner Friedenspreis an den US-amerikanischen Fotografen James Nachtwey übergeben worden. Damit wird sein herausragendes Friedensengagement gewürdigt. Nachtwey gilt als der bedeutendste Kriegsphotograf der Gegenwart.

<http://www.mdr.de/sachsen/gedenken-in-dresden100.html>

Neues Deutschland | 11.02.2012 | Hendrik Lasch

Auch Polizeibeobachter in Sachsen verfolgt

Blockadevorwurf: Erstmals muss eine grüne Landtagsabgeordnete die Aberkennung ihrer Immunität fürchten

Der sächsischen Grünen Eva Jähnigen droht die Aberkennung ihrer Immunität. Sie war am 19. Februar 2011 bei einer Nazidemo in Dresden als Polizeibeobachterin unterwegs. Erstmals trifft der Verfolgungseifer eine Politikerin, die nicht der LINKEN angehört.

Auskünfte erwünscht: Mitte März 2011 lud die Sonderkommission, die bei Dresdens Polizei nach der Eskalation rund um die für den 19. Februar geplanten Nazidemos gebildet worden war, die grüne Landtagsabgeordnete Eva Jähnigen als Zeugin vor. Sie war an jenem Tag als Mitglied einer Gruppe von Polizeibeobachtern unterwegs gewesen, zu der Politiker, Journalisten sowie Rechtsanwälte gehörten. Sie berichtete ausführlich, was sie gesehen hatte. Jetzt ist es offenbar diese Äußerung, die ihr ein Ermittlungsverfahren eintrug. Die Staatsanwaltschaft will, sagt Jähnigen, dazu ihre Immunität als Abgeordnete aufheben lassen. Die Beobachtergruppe hatte im Anschluss an den 19. Februar einen Bericht veröffentlicht, der sich mit dem Einsatz der Polizei teils sehr kritisch auseinandersetzte. Gerügt wurde ein unangemessenes Konzept, das auf die weiträumige Trennung von Nazis und Gegendemonstranten setzte. Dafür hatte die Polizei zu wenige Beamte im Einsatz. Diese waren teils völlig überfordert - und reagierten im Bemühen, die Lage unter Kontrolle zu behalten, mancherorts mit übergroßer Härte. Kritisiert wurde etwa die Einkesselung einer angeblichen Blockade hinter dem Hauptbahnhof. Hunderte Menschen hatten dort Räumungsaufforderungen ignoriert. Erst Stunden später wurden sie eingekesselt und ihre Identität festgestellt. Dazu gehört auch Jähnigen, die erst im Laufe des Nachmittags als Beobachterin an den Ort des Geschehens kam und in dieser Rolle auch nicht weichen wollte. Im Juni 2011 meldete sich die Staatsanwaltschaft. Wegen Blockade einer genehmigten Demonstration sollte Jähnigen eine Geldauflage zahlen. Sie weigerte sich. Anfang 2012 nun kündigte die Behörde die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens an. Damit sei »einen Schritt vor dem Antrag« auf Aberkennung der Immunität, sagt Jähnigen. Käme es dazu, wäre erstmals auch eine Politikerin betroffen, die nicht Abgeordnete der LINKEN ist. Besonders verärgert ist Jähnigen, weil in der Ermittlungsakte ausgerechnet das Dokument fehlt, das offenkundig das Verfahren ins Rollen brachte: die Zeugenaussage bei der Soko. »Einerseits will diese auf meine Arbeit als Polizeibeobachterin zurückgreifen«, sagt die Abgeordnete, »zugleich behauptet sie aber, ich würde lügen und hätte blockiert.« Das Vorgehen, sagt Jähnigen, »kann ich nur als Schikane betrachten« Gegen die Aufhebung der Immunität will sie sich daher wehren. Obwohl das Verfahren wohl der Einschüchterung dienen solle, gibt sich Jähnigen aber unbeirrt: Auch am 13. und 18. Februar 2012 »habe ich vor, wieder als Polizeibeobachterin in der Stadt unterwegs zu sein«.

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/218215.auch-polizeibeobachter-in-sachsen-verfolgt.html>

Süddeutsche Zeitung | 11.02.2012

Streit um Neonazi-Gegner

Berlin - Im Bundestag gibt es heftigen Streit wegen Ermittlungen gegen zwei Linken-Abgeordnete, die an einer Demonstration gegen Neonazis teilgenommen haben. Linken-Fraktionschef Gregor Gysi nannte es am Freitag einen 'Skandal', dass der zuständige Ausschuss den beiden Abgeordneten Michael Leutert und Caren Lay die Wiederherstellung ihrer Immunität verweigert habe. Dies sei ein 'völlig falsches Signal' an die rechtsextreme NPD, die Anzeige gegen die beiden Politiker erstattet hatte. Daraufhin hob der Immunitätsausschuss des Bundestags die Immunität der beiden Abgeordneten auf, um Ermittlungen zu ermöglichen. Leutert und Lay hatten vor einem Jahr in Dresden an der Blockade eines genehmigten Neonazi-Aufmarsch teilgenommen. Die NPD sah darin einen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Gysi sagte nun, der 'antifaschistische Widerstand muss unterstützt werden und darf nicht strafrechtlich verfolgt werden'. Im Immunitätsausschuss des Bundestags hätten nur die Linkspartei und die Grünen für die Wiederherstellung der Immunität votiert. AFP

<http://www.sueddeutsche.de/v5Z38J/462690/Streit-um-Neonazi-Gegner.html>

Ergänzungen Überregionaler Pressespiegel 10.02.2012

FAZ | 10.01.2012 | Peter Schilder

Ein Schutzwall um Dresden

Wieder wollen Bürger rechtsextreme Aufmärsche zum Jahrestag der Bombennacht am 13. Februar verhindern. Was ist erlaubt, was verboten?

Seit dreißig Jahren versammeln sich die Dresdner am 13. Februar mit Blumen und Kerzen in ihrer Stadt, um der Toten der Bombenangriffe im Zweiten Weltkrieg zu gedenken. Und seit zehn Jahren werden sie dabei von Neonazis und Rechtsextremisten gestört, die dieses Datum zur Selbstdarstellung nutzen wollen. Sie rechnen die Zahl der Toten dramatisch hoch und sprechen von einem Kriegsverbrechen an den Dresdnern. Im vergangenen Jahr ist der Protest gegen die Aufzüge der Rechtsextremisten eskaliert. An mehreren Stellen der Stadt kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Die Bilder von Straßenbarrikaden, brennenden Müllcontainern und Verletzten schockierten die Bürger. Absicht und Wirkung des Gedenktages waren damit in ihr Gegenteil verkehrt. In diesem Jahr wird das Gedenken von der Arbeitsgemeinschaft 13. Februar vorbereitet, die schon im Jahr 2009 eine Menschenkette um die Dresdner Innenstadt organisiert hatte. Weil aber die Gräben zwischen den politischen Gruppierungen im Dresdner Stadtrat tief sind, bedurfte es stundenlangender Sitzungen und eines Moderators in Person des Direktors der Landeszentrale für politische Bildung, Frank Richter, ein früherer Kaplan der Dresdner Hofkirche.

„In Hör- und Sichtweite“ der Rechtsextremisten

In den Zielen war man sich bald einig: Es sollte der Bombennacht würdig gedacht und ein Aufzug von Rechtsextremisten verhindert werden. Verhältnismäßig leicht fiel es der Arbeitsgemeinschaft, sich über das Gedenken zu verständigen. Die Dresdner sind eingeladen, wieder eine Menschenkette zu bilden und damit einen symbolischen Schutzwall um ihre Stadt zu legen. Am Montag um 18 Uhr soll sich der Kreis schließen. Alle Glocken in der Stadt werden läuten.

Schwer hingegen war es, eine gemeinsame Position zum Protest gegen die Neonazis zu finden. Bewegung brachte der CDU-Innenpolitiker und Landtagsabgeordnete Christian Hartmann in die stockende Debatte, als er im Landtag für eine Protestveranstaltung „in Hör- und Sichtweite“ der Rechtsextremisten eintrat, wie es das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil formuliert hatte. Dieser Vorstoß führte zwar zu einigem Grummeln unter seinen Parteifreunden, die aber nicht mehr dahinter zurück konnten. Jetzt wird am Samstag, dem 18. Februar, an dem der größere Aufmarsch der Rechtsextremisten erwartet wurde, auf dem Schlossplatz ein Fest der Demokratie stattfinden.

Der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel wird eine Rede halten. Der Tag steht unter dem Motto: „Mit Mut, Respekt und Toleranz - Dresden bekennt Farbe“. Unklar ist noch, wie groß dieses Fest ausfällt und wie stark die Beteiligung am Gedenktag sein wird. Das liegt an den Dresdnern, denn die waren auch in den vergangenen Jahren eher nicht auf der Straße, sondern sind zu Hause geblieben. Es waren vielmehr Auswärtige in der Stadt. Außerdem beginnen an diesem Wochenende die Winterferien in Sachsen. Derzeit häufen sich die Aufrufe, sich in die Menschenkette einzureihen und an den zahlreichen anderen Veranstaltungen teilzunehmen.

„Blockade-Trainings“

Inzwischen haben die Rechtsextremisten ihren Aufmarsch für den 18. Februar abgesagt. Es heißt, sie hätten Mobilisierungsprobleme. Die Polizei hat den Verfolgungsdruck zum Beispiel mit Hausdurchsuchungen erhöht. Nach der Aufdeckung der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ fürchten offenbar viele, in die Fänge der Ermittler zu geraten und als Rechtsextremisten identifiziert zu werden. Unklar ist auch, was am Montag passiert.

Die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ hat einen Fackelzug mit 2000 Teilnehmern angemeldet. In der Vergangenheit erschienen indes jeweils weniger Teilnehmer als angekündigt. Das Bündnis „Dresden - nazifrei“ will 3000 Gegendemonstranten mobilisieren und hält an seiner Absicht fest, die Rechtsextremisten gar nicht marschieren zu lassen, sondern zu blockieren. Darauf haben sie sich in mehreren „Blockade-Trainings“ vorbereitet. Sie billigen den Neonazis zwar das Recht auf freie Meinungsäußerung zu, reklamieren für sich aber das Demonstrationsrecht, um ihre gegenteilige Meinung zu äußern. Sitzblockaden sind ihrer Auffassung nach ein friedliches Mittel des Protestes.

„Eindeutig rechtswidrige Handlungen“

Über die geplanten Blockaden der rechtsextremen Aufmärsche wird in Dresden gestritten. Auch in der Arbeitsgemeinschaft 13. Februar konnte darüber keine Verständigung erzielt werden. Man äußerte sich einfach nicht dazu. CDU und FDP sehen darin einen Verstoß gegen das Versammlungs- und Demonstrationsrecht. Die Dresdner Staatsanwaltschaft teilt diese Rechtsauffassung und verfolgt weiterhin hartnäckig die Blockierer der Jahre 2010 und 2011. Sie verschickt Strafbefehle und beantragt die Aufhebung der Immunität von Landtags- und Bundestagsabgeordneten, um sie als Rädelsführer zu verfolgen. Zuletzt war in dieser Sache die Immunität der Bundestagsabgeordneten Caren Lay und Michael Leutert (beide Linkspartei) aufgehoben worden.

Linkspartei, SPD und Grüne haben auch in diesem Jahr wieder zu Sitzblockaden aufgerufen. Für die CDU zeigte sich Hartmann enttäuscht darüber, dass dadurch eben „kein fraktionsübergreifendes Zeichen“ zustande komme. Blockaden nennt er „eindeutig rechtswidrige Handlungen“. Beide Seiten berufen sich für ihre Rechtsauffassung auf Gerichtsurteile und Interpretationen.

Der Streit berührt einen gesellschaftlichen Dissens, der in Dresden nicht geklärt wird. Möglicherweise muss er am Samstag nächster Woche gar nicht ausgetragen werden, wenn keine Rechtsextremisten aufziehen und die Demokraten unter sich bleiben. Welche Bilder am Montag das Gedenken bestimmen, ist noch ungewiss. Dresden ist auf alles vorbereitet.

<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsextreme-aufmaersche-ein-schutzwall-um-dresden-11645041.html>

JenaTV | 10.02.2012

„Dresden Nazifrei“

Das Aktionsnetzwerk Jena ruft zusammen mit Parteien und Gewerkschaften zum Protest gegen den geplanten Neonazi-Aufmarsch in Dresden am 13. Februar auf. Dort ist es in den letzten beiden Jahren gelungen, einen der größten Naziaufmärsche Europas zu blockieren. Am Montag jährt sich die Bombardierung der sächsischen Landeshauptstadt, die durch vier aufeinanderfolgende Luftangriffe fast vollständig zerstört wurde.

Rechtsextreme aus dem ganzen Bundesgebiet missbrauchen diesen Gedenktag seit Jahren für ihre politischen Zwecke. Das Aktionsnetzwerk Jena hat auch in diesem Jahr wieder Busfahrten nach Dresden organisiert. Tickets für die Busse gibt es noch bei der IG Metall (03641-46860), im Schillerhof, im Grünowski, beim Studentenrat der Uni und der Fachhochschule und beim Aktionsnetzwerk. Zusätzlich ist eine verbindliche Platzreservierung unter anreise@aktionsnetzwerk.de oder unter Tel. 0151-51409896 notwendig. Die Dresdner Polizei erwartet am Montag bis zu 2 000 Rechtsextreme und circa 3 000 Demonstranten.

http://www.jenatv.de/politik/Dresden_Nazifrei-7433.html

Legal Tribune | 10.02.2012

Ehemaliger NPD-Politiker Deckert scheitert vor VG

Der ehemalige Vorsitzende der NPD, Günter Deckert ist mit dem Versuch gescheitert, ein auf seinem Grundstück in einer sächsischen Kreisstadt geplantes Treffen von Rechtsextremisten vorab rechtlich absichern zu lassen. Ein entsprechender Antrag Deckerts sei als unzulässig abgelehnt worden, sagte ein Sprecher des VG Chemnitz am Freitag auf dpa-Anfrage.

Deckert plant nach Angaben des Verwaltungsgerichts (VG) unter dem Titel "Alliiertes Bombenterror gegen die deutsche Zivilbevölkerung" am Sonntag und damit am Vorabend des 13. Februar "Freunde, Bekannte, Kameraden" einzuladen.

Für Deckerts vorbeugenden Eilantrag habe das Rechtsschutzinteresse gefehlt, begründete der Gerichtssprecher die Ablehnung. In der Vergangenheit hatte das Landratsamt Mittelsachsen dem Rechtsextremisten die öffentliche Nutzung des Gasthofs Gränitz mehrfach untersagt.

Die jetzige, von Deckert als privat deklarierte Veranstaltung gehört nach Angaben von langjährigen Beobachtern der sächsischen Neonazi-Szene zu den Vorbereitungstreffen für den 13. Februar in Dresden. Den Jahrestag der Bombardierung der Stadt 1945 nutzen Rechtsextremisten bereits seit Jahren für ihre Zwecke.

Erst vor einer Woche war bekanntgeworden, dass der bereits mehrfach wegen Volksverhetzung und anderer Delikte verurteilte Deckert erneut ins Gefängnis muss. Dieses Mal verhängte das Landgericht Mannheim gegen den 72-Jährigen eine Haftstrafe von sechs Monaten. Der Rechtsextremist, der vor Jahren von der NPD ausgeschlossen wurde, hatte ein Buch mitübersetzt, in dem die Ermordung der Juden im Konzentrationslager Auschwitz durch die Nationalsozialisten geleugnet wird. Wegen der langen Verfahrensdauer muss Deckert höchstens fünf Monate absitzen. dpa/tko/LTO-Redaktion

<http://www.lto.de/de/html/nachrichten/5552/versammlungsfreiheit-ehemaliger-mpd-politiker-deckert-scheitert-vor-vg/>

Dresden vor Gedenktag am 13. Februar - Weitere Aufrufe und Warnungen vor Gewalt

Dresden. Bei den Gedenkveranstaltungen an die Zerstörung Dresdens vor 67 Jahren am Ende des Zweiten Weltkrieges setzt die Polizei am kommenden Montag auf Deeskalation und Gespräche. „Niemand will die Bilder von den Ausschreitungen 2011 in diesem Jahr wieder sehen“, sagte Polizeipräsident Dieter Kroll am Freitag. „Keine Versammlung oder Blockade wird mit Wasserwerfern aufgelöst.“ CDU und FDP im Landtag riefen zu Gewaltlosigkeit auf, der DGB, das Bündnis „Dresden nazifrei“ und die Grünen zur Beteiligung an der Menschenkette und Protesten gegen die geplante Neonazi-Demonstration.

Rechte Aufmärsche und Gegendemonstrationen überschatten jährlich den Gedenktag. Mit Blockaden verhinderten tausende Demonstranten 2010 und 2011 Neonazi-Aufmärsche. Vor einem Jahr waren bei gewalttätigen Ausschreitungen von Linken und Rechten mehr als 100 Polizisten verletzt worden. Auch diesmal gibt es Blockadeaufrufe und daher die Furcht vor neuen Gewaltausbrüchen. Nach Angaben der Stadt sind zehn Veranstaltungen, darunter eine Demonstration von Rechtsextremisten, angemeldet. Die Polizei bereitet einen Großeinsatz unter dem Titel „Jesaja“ vor. Der Prophet aus dem Alten Testament, nachdem auch die große Friedensglocke der Frauenkirche benannt ist, „war ein großer Mahner“, sagte Kroll.

Die Polizei will die Lager diesmal nicht weiträumig durch die Elbe trennen. Zur Deeskalation sollen Kommunikationsteams eingesetzt werden. Die Beamten aus Niedersachsen und Berlin tragen gelbe und rote Westen und sind als Gesprächspartner für Einwohner, Händler und Demonstranten unterwegs. Im Zentrum werden Straßen und Parkplätze gesperrt, für Anwohner und Berufstätige Durchlassstellen eingerichtet. Über Einschränkungen informieren die Behörden über einen Ticker auf der Homepage der Dresdner Polizei. Die Bundespolizei verwies darauf, dass das Betreten und Blockieren von Gleisen und Bahnanlagen verboten ist und Zuwiderhandlungen teuer werden.

Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP im Landtag warnten vor dem Missbrauch des Protests gegen Rechts. „Wir lehnen jede Form von Gewalt ab“, erklärten deren innenpolitische Sprecher Volker Bandmann und Carsten Biesok. Protest gegen rechte Aufmärsche sei wichtig, die Verhinderung anderer Versammlungen aber rechtswidrig. „Keine Gewalt und für ein friedliches Gedenken“, appellierten sie angesichts zahlreicher Blockadeaufrufe auch mit Blick auf tausende Polizisten.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus teilte mit, dass mehr als 300 kirchlich Engagierte zur Beteiligung an rechtlich umstrittenen Blockaden aufrufen. Erstunterzeichner seien Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Grüne), Ex-Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) und die evangelischen Bischöfe Ilse Junkermann und Ralf Meister. „Angesichts der tödlichen Dimension von Rechtsextremismus und Rassismus halten wir es für notwendiger denn je, daran zu erinnern, dass gewaltfreie Blockaden gegen Neonazis eine Gewissensentscheidung sind und zum Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gehören“, hieß es. Blockaden gelten in Sachsen als Straftat.

Der DGB und das Bündnis „Dresden nazifrei“ haben nochmals zur Beteiligung an der Menschenkette und zum Protest aufgerufen. „Der Fackelmarsch der Nazis muss verhindert werden“, appellierte die Gewerkschaft. Ziel sei es, „endlich die Naziprovokationen um den Gedenktag der Kriegsoffer zu beenden“. Die Grünen-Politiker Claudia Roth, Cem Özdemir, Renate Künast und Jürgen Trittin werden sich in Menschenkette und Protest einreihen, teilte die Bundespartei mit. Sie verlegte die Tagung

von Vorstand und Parteirat an die Elbe. Die Zwickauer Terrorzelle habe gezeigt, „wie groß die Gefahr durch rechtes Gedankengut ist“. Diesen menschenfeindlichen Ideologien müsse sich die Zivilgesellschaft deutlich entgegenstellen. Dpa

<http://www.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/dresden-vor-gedenktage-am-13-februar--weitere-aufrufe-und-warnungen-vor-gewalt/r-mitteldeutschland-a-124947.html>

MDR info | 10.02.2012

Abgeordnete soll Neonazi-Demo blockiert haben

Grüne "Polizeibeobachterin" erstaunt über Ermittlungen

Die Landtagsabgeordnete Eva Jähnigen soll wegen der angeblichen Teilnahme an einer Blockade am Rande des Neonazi-Aufmarsches im Februar 2011 in Dresden ihre Immunität verlieren. Das teilte die Grünen-Politikerin am Freitag mit. Wie sie dem MDR sagte, wirft ihr die Staatsanwaltschaft Dresden vor, am 19. Februar vergangenen Jahres eine angemeldete Demonstration von Neonazis gestört zu haben, indem sie an einer Blockade dieser Demo teilgenommen habe. Im Rahmen der Ermittlungen habe die Staatsanwaltschaft die Aufhebung ihrer Immunität beantragt.

Jähnigen zeigte sich am Freitag irritiert über diese Ermittlungen, weil sie an dem betreffenden Tag als sogenannte Polizeibeobachterin eine Gegendemonstration gegen den Neonazi-Aufmarsch begleitet habe. In dieser Eigenschaft sei sie später von der Polizei über ihre Eindrücke befragt worden, sagte sie. Einerseits wolle die Polizei auf ihre Beobachtungen zurückgreifen, andererseits unterstelle man ihr eine Blockade. Sie sei lediglich als Beobachterin an Ort und Stelle gewesen und habe das den Polizeibeamten dort auch kenntlich gemacht. Bei den Polizeibeobachtern handelt es sich um eine von Politikern, Juristen und Journalisten gegründete Arbeitsgruppe, deren Mitglieder das Verhalten von Polizeibeamten bei Einsätzen dokumentieren.

Ermittlungen gegen mehrere Politiker

Jähnigen wäre die erste Grünen-Abgeordnete, die wegen der Ermittlungen nach den Februar-Demonstrationen ihre Immunität verlieren würde. Bisher hatte die Staatsanwaltschaft Dresden vor allem Linken-Politiker im Visier. So hatte der Bundestag erst am Donnerstag die Immunität von zwei Linken-Abgeordneten aufgehoben. Auch gegen mehrere Linke-Landespolitiker in Sachsen, Thüringen und Hessen wird ermittelt.

Die Dresdner Staatsanwaltschaft hatte nach den Demonstrationen in Dresden gegen 200 mutmaßliche Blockierer der Neonazidemonstration ermittelt, stellte aber viele Verfahren gegen die Zahlung einer Geldbuße ein. So musste etwa der Fraktionschef der SPD im Sächsischen Landtag, Martin Dulig, 700 Euro an die "Aktion Zivilcourage" in Pirna zahlen.

http://www.mdr.de/nachrichten/jaehnigen104_zc-e9a9d57e_zs-6c4417e7.html

"Antifaschistischer Widerstand darf nicht verfolgt werden"

Die Ermittlungen gegen zwei Linke-Abgeordnete haben zu Streit im Bundestag geführt: Fraktionschef Gregor Gysi bezeichnete es als "Skandal", dass die Aufhebung der Immunität nicht zurückgenommen würde. Die Politiker hatten an einer Demonstration gegen einen Neonazi-Aufmarsch teilgenommen.

Berlin - Linken-Fraktionschef Gregor Gysi hat im Bundestag scharfe Kritik geäußert: Dass der Bundestagsausschuss den beiden Abgeordneten Michael Leutert und Caren Lay die Wiederherstellung ihrer Immunität verweigert, bezeichnete Gysi am Freitag in Berlin als "Skandal". Dies sei ein "völlig falsches Signal" an die rechtsextreme NPD, die Anzeige gegen die beiden Linken-Abgeordneten erstattet hatte.

Die beiden Abgeordneten hatten vor einem Jahr in Dresden an der Blockade eines genehmigten Neonazi-Aufmarsch teilgenommen. Die NPD erstattete daraufhin Anzeige, weil sie darin einen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz sah. Infolge der Anzeige hob der Immunitätsausschuss des Bundestags die Immunität der beiden Abgeordneten auf, um Ermittlungen zu ermöglichen.

Gysi sagte dazu, der "antifaschistische Widerstand muss unterstützt werden und darf nicht strafrechtlich verfolgt werden". Bei der Abstimmung am Donnerstag im Immunitätsausschuss hätten nur die Linkspartei und die Grünen für die Wiederherstellung der Immunität votiert. "Ich hätte erwartet, dass der Bundestag zeigt, hier ist eine Grenze erreicht, hier machen wir nicht mit", sagte Gysi. Dem Ausschuss warf er Voreingenommenheit gegen seine Partei vor: "Wenn es um die Linken geht, wird alles immer anders interpretiert."

Der Immunitätsausschuss wies Gysis Kritik seinerseits in einem Beschluss scharf zurück. Der Ausschuss habe in der Vergangenheit stets unter Beweis gestellt, dass er seine Entscheidungen "frei von jeder Willkür" treffe, erklärte der Ausschussvorsitzende Thomas Strobl (CDU) zu dem Beschluss, dem alle Fraktionen mit Ausnahme der Linken zugestimmt hätten. Für den Ausschuss stelle sich nicht die Frage, ob sich die beiden Abgeordneten tatsächlich schuldig gemacht hätten oder nicht. Darüber werde allein in einem gerichtlichen Verfahren entschieden. lgr/AFP

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,814617,00.html>
